

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Steuerung der beruflichen Bildung: Berlin braucht ein Landesinstitut für berufliche Bildung

Das Abgeordnetenhaus möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zur verbesserten Steuerung der beruflichen Bildung in Berlin folgende Inhalte umzusetzen:

- 1.) Erarbeitung eines Konzepts zur Einrichtung eines Landesinstituts für berufliche Bildung in Kooperation mit den WiSo-Partnern.
- 2.) Entwicklung und Etablierung verbindlicher Strukturen für die Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft und Schulen im Rahmen des zu gründenden Landesinstituts für berufliche Bildung
- 3.) Bündelung der auf zwei Ressorts verteilten Zuständigkeiten für die berufliche Bildung in dem zu gründenden Landesinstitut für berufliche Bildung
- 4.) Berücksichtigung des gemeinsamen Ausbildungsmarkts von Berlin und Brandenburg für die Kapazitätsplanung für berufliche Schulen, insbesondere in Hinblick auf seltene Ausbildungsberufe („Splitterberufe“).

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. April 2019 zu berichten.

Begründung

- 1.) Ein Landesinstitut böte Strukturen, mit denen die Steuerung der beruflichen Bildung in Kooperation aller relevanten Akteure verantwortet werden könnte. In den Gremien eines neuen Landesinstituts könnten Schul- und Arbeitsverwaltung sowie die dualen Partner zur Qualitätssicherung der beruflichen Bildung zusammenarbeiten. Bestehende Landesinstitute in anderen Bundesländern wie Hamburg können als Orientierung dienen. Die Forderung, ein Landesinstitut für berufliche Bildung zu gründen, wird auch von der IHK-Berlin unterstützt.
- 2.) Die Schulgremien und Lernortkooperationen müssen unter der Zielsetzung einer verbindlicheren Kooperation zwischen Schulen und Betrieben neu ausgerichtet werden. Schulverwaltung und die dualen Partner sollen in Kuratorien, Schulvorständen und Lernortkooperationen verbindlich zusammenarbeiten.
- 3.) Die auf zwei Senatsverwaltungen verteilten Zuständigkeiten für die berufliche Bildung müssen gebündelt werden, um die Qualität der dualen Ausbildung zu stärken. Durch das zu gründende Landesinstitut dürfen keine Doppelstrukturen entstehen. Die Mitarbeiter für das Landesinstitut sollen aus den bislang für die berufliche Bildung zuständigen Senatsverwaltungen gewonnen werden.
- 4.) Die Kapazitätsplanung für berufliche Schulen in Berlin muss den gemeinsamen Ausbildungsmarkt mit Brandenburg berücksichtigen und Synergien suchen. Eine Neustrukturierung der OSZ-Standorte bedarf eine Kooperation mit Brandenburg. Es wäre der falsche Weg, in Berlin neue Schulen zu bauen, während es nahegelegenen in Brandenburg freie Plätze gibt.

Berlin, den 9. Oktober 2018

Pazderski Tabor Buchholz
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion